

Kann man Kriege vergleichen?

Dieser Artikel unternimmt den Versuch und zwar genau zwischen den hier in Deutschland „populärsten“ Kriegen, in denen Russland und Israel verstrickt sind, Gemeinsamkeiten und Unterschiede herauszuarbeiten. Ohne Gewähr auf Vollständigkeit oder Richtigkeit. Dafür bittet die Redaktion Sie kritische E-Mails an uns (WOB-Rote-Seiten@dkp.de) zu verfassen nachdem Sie den Artikel aufmerksam gelesen haben.

Die erste Gemeinsamkeit, die man feststellen kann, ist, dass beide Länder Territorien fremder Länder besetzt halten. Sowohl Russland in der Ukraine, als auch Israel von Jordanien oder Palästina. Es sind also beides Besatzungsmächte, wobei hier Russland eher das jüngere Mitglied in diesem „Club“ ist.

Beide Länder behaupten dies diene nur zur Verteidigung gegen einen äußeren Feind. Im Falle Russlands ist dies die NATO, die in der russischen Regierung im Wesentlichen als verlängerter Arm der USA gilt und im Falle Israels die HAMAS bzw. Dschihadisten die seitens Israels als Terroristen bezeichnet werden und den Staat Israel bedrohen.

Zu den Feinden kann man noch folgendes feststellen. Die HAMAS hat sich bei Wahlen im GAZA-Streifen 2006 durchgesetzt. Seitdem gibt es keine Wahlen mehr in Palästina. Die Gründe dazu sind auch sehr vielfältig und lassen viel Spielraum für Interpretationen.

Im Falle der NATO, der Feind Russlands, ist die Sache etwas schwieriger. Während diese hier im „Westen“ überwiegend als Verteidigungs-Bündnis wahrgenommen

wird, wird sie in der russ. Regierung als aggressives Militärbündnis wahrgenommen, aus welchem in den letzten 25 Jahren mindestens fünf völkerrechtswidrige Kriege meist gegen Länder im Nahen Osten geführt wurden.

Hier kann man ziemlich klar einen Unterschied feststellen. Während Israel seine Feinde sehr diffus bezeichnet und diese nicht irgendwelchen Ländern zuordnet, sondern die "Terroristen" praktisch im gesamten Nahen Osten "bekämpft" (Angriffe in Syrien, Libanon, Jemen, Jordanien, Iran), gibt es seitens Russland klare Äußerungen, wen Sie als feindlich gesinnte Nationen betrachten. Die Souveränität anderer Länder wird damit sowohl von Russland, als auch von Israel in Frage gestellt.

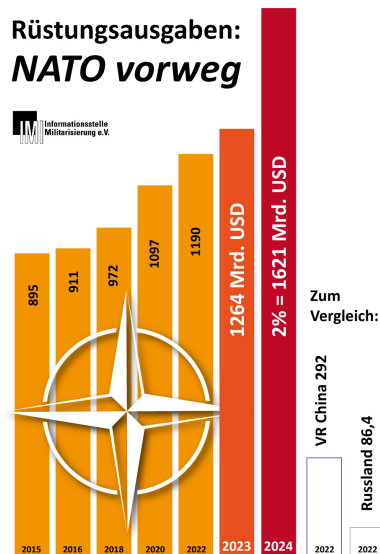
Eine weitere Gemeinsamkeit, die erwähnt werden sollte, betrifft die Entwicklung der Konflikte. Russland hat, seitdem die NATO die Beitrittsperspektive für die Ukraine und Georgien 2008 ausgesprochen hatte, darauf hingewiesen, dass dies als Bedrohung seitens Russland wahrgenommen werden wird. Und dennoch hatte man es nicht geschafft, mit diplomatischen Mitteln diese Situation zu entschärfen.

Im Falle Israels bzw. Palästinas ist der historische Hintergrund noch älter. Hier muss man von einer Jahrzehnte und noch heute andauernden Ungerechtigkeit gegenüber Palästina sprechen, die bis heute nicht annähernd mit friedlichen Mitteln auch nur etwas entschärft werden konnte.

Um es mal kurz zusammenzufassen: Die Ursachen der Konflikte sind seit Längerem

Rüstungsausgaben: NATO vorweg

Informationsstelle Militarisierung e.V.



Quelle: NATO (Angaben in Mrd. USD, 2022/2023 sind eine NATO-Hochrechnung); Zahlen aus Vergleich sind Schätzungen von SIPRI. Stand 2/2024

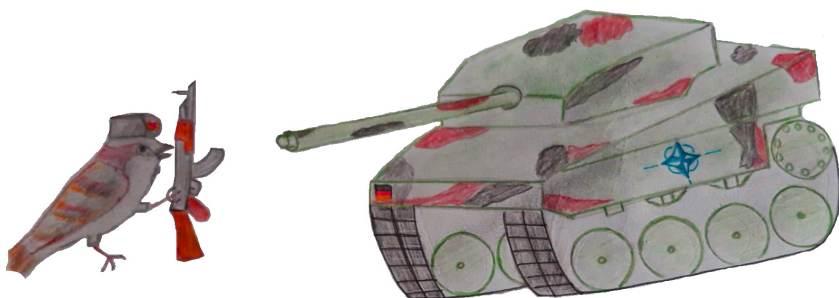
bekannt, konnten aber nicht beigelegt werden, weder von den Konfliktparteien, noch von den Vereinten Nationen.

Wenn man jetzt bedenkt, dass wir die Ukraine gegen Russland unterstützen, aber gleichzeitig auch Israel als Besatzungsmacht (seit dem 7-Tagekrieg 1967), geht dies schwer unter einen Hut. Wenn man den Palästinensern nicht bereits jegliche Menschlichkeit abgesprochen hat, kann dieser doppelte Standard nicht akzeptiert werden.

Wie stehen Sie denn dazu, wenn der Westen die Palästinenser mit Waffen, Ausbildung und Aufklärung unterstützen, damit Sie die Besatzer faktisch zwingen, ihr Land zu verlassen.

Oder mal eine andere Frage, meinen Sie, wenn Israel weiter in seiner Kriegsführung unterstützt wird, dass Israelis jemals in Frieden zwischen ihren Nachbarn leben können?

Vor allem nach dem gezielten Terrorangriff gegen Zivilisten im Libanon durch die zur Explosion gebrachten Kommunikationsgeräte.



Böser russischer Spatz bedroht die friedlichen Leoparden

Impressum
Alfred Hartung
Göttinger Straße 58
30449 Hannover

Krise bei Volkswagen: Lichter aus?

Mitte September hat der VW-Vorstand die Katze endgültig aus dem Sack gelassen: Kündigung der Beschäftigungsgarantie. Entlassungen und Werkschließungen werden damit möglich. Der Konzernchef Blume verbreitete dazu auf der Betriebsversammlung das Märchen, es würden vier Milliarden Euro fehlen. Aber es geht nur darum, die Kosten schneller zu senken, die hohen Gewinnerwartungen schneller zu erfüllen. Die vier Milliarden Euro fehlen ihnen zu einer angepeilten Umsatzrendite von 6,5 Prozent. Gleichzeitig hat VW 4,5 Milliarden Euro als Dividende an die VW-Aktionäre, hauptsächlich an den steinreichen Porsche-Piech-Clan ausgeschüttet, die keinen Finger dafür gerührt haben. Da wären die Milliarden leichter zu holen als von den Arbeitern und Angestellten, die mit ihrer Arbeit den Reichtum geschaffen haben. Die selbstbewusste Belegschaft rief Blume und dem VW-Vorstand mit Sprechchören entgegen: Wir sind Volkswagen – ihr seid es nicht!

Kanzler Scholz ließ durch seinen Sprecher verkünden, er werde die Entwicklung genau beobachten. Es sei aber Sache des Unternehmens, die Probleme zu lösen, da mische sich die Bundesregierung nicht ein. Das hat Kabarettniveau. Die Probleme, die

jetzt zu lösen sind, hat die Bundesregierung in doppelter Hinsicht mit verursacht. Erstens: Der Wirtschaftskrieg gegen Russland hat die Energiepreise, von denen alle Autofabriken in Deutschland und ihre Zulieferer in hohem Maße betroffen sind, nach oben getrieben. Und zweitens: Der Crashkurs auf Elektroautos wurde erst von der Bundesregierung mit Kaufprämien



Als der VW-Chef bei der Betriebsversammlung vorfuhr, ähnte die Belegschaft nichts Gutes.

gefördert, bis diese über Nacht fallengelassen wurden. Jüngst beschlossene Ausnahme: teure Dienst-ElektroSUV für die Führungsschichten. Für Malocher, die auf alte Diesel und Benziner angewiesen sind, wird das Leben dagegen immer teurer.

Die VW-Krise wird vor allem Niedersachsen schwer treffen. Der Oberbürgermeister von Salzgitter, Frank Klingebiel, in dessen Stadt die Batteriezellenproduktion von VW konzentriert ist, sagte mit Blick auf die Risiken der Komplettumstellung auf Elektroantriebe: "Wenn das Ding schiefliegt, dann gehen hier die Lichter aus". Wer nach den roten Warnleuchten aus Duisburg (Stahl), Leverkusen und Ludwigshafen (Chemie) und jetzt Wolfsburg (Auto) noch nicht begriffen hat, dass der Kriegskurs gegen Russland, China und alle Vernunft die industrielle Basis dieses Landes zerstört, dem ist nicht mehr zu helfen. Dagegen hilft nur die Verbindung des Lohn- und Arbeitsplatzkampfes mit dem Friedenskampf, weil eine wesentliche Ursache des Dramas bei VW und anderswo im Konfrontationskurs gegen Russland und China liegt. Eine massenhafte Beteiligung an der zentralen Friedensdemo in Berlin am 3. Oktober könnte ein erstes Stoppzeichen dagegen sein!

Gesetze zur Kriegstüchtigkeit - Teil 2

Im ersten Teil dieses Artikels (erschieden in Ausgabe 1) wurden die schon verabschiedeten Gesetze genannt, die die Bevölkerung im Inland zur Unterstützung etwaiger kriegerischer Handlungen verpflichten. Hier haben wir im einzelnen dargestellt, welche konkreten Auswirkungen diese Gesetze und Verordnungen für die Bevölkerung haben können.

Es handelt sich insbesondere um das Gesetz zur Arbeitssicherstellung (ASG), das Gesetz zu Zwangsleistungen an den Bund (BLG), das Gesetz zur Sicherstellung des Verkehrs (VerkSiG), das Wirtschaftssicherstellungsgesetz (WiSiG), das Zivilschutz- und Katastrophenhilfegesetz (ZSKG), die Verordnungen zur Sicherung des Straßen-, See- und Luftverkehrs und der Energie- und Wasserversorgung; sowie das Wehrpflichtgesetz (zuletzt geändert am 12.12.2023).

Diese – nicht vollständigen – Beispiele sollen nur

verdeutlichen, wie unsere Werte in unserem demokratischen und freiheitlichen Land mit Leben erfüllt werden.

Aber für welche Zielsetzungen? Haben wir dafür durch unseren alle 4 Jahre durchgeführten Gang an die Wahlurne unsere Stimme abgegeben? Womit werden wir in näherer und fernerer Zukunft konfrontiert und welche individuellen Belastungen und Einschränkungen haben wir in unserem freiheitlichen und demokratischen Land noch zu erwarten?

Das Ziel wird auch nicht von der Regierung geheim gehalten, sondern wurde zuerst von "Verteidigungsminister" Herr Pistorius ausbuchstabiert und heißt: "KRIEGSTÜCHTIGKEIT herstellen!"

Obwohl die Mehrheit in Umfragen wiederholt zeigte, dass Sie Frieden und keinen Krieg mit Russland will.

Wer sich zu diesem Thema noch umfassender informieren möchte, dem sei der Artikel „Kriegsrecht“, in dem die juristische Vorbereitung des Krieges gegen Russland und China recht umfassend dargestellt wird, empfohlen. Er ist erschienen in der „UZ“ Nr. 20, vom 17. Mai dieses Jahres. Die UZ, die sozialistische Wochenzeitung der DKP, kann man zur Zeit auch in einem kostenlosen Probe-Abonnement für 6 Wochen unter dem folgenden Link kennenlernen - www.unserezeit.de. Das Probe-Abo endet, ohne das es einer gesonderten Kündigung bedarf, nach 6 Wochen.

Wer aktiv dieser Eskalationsspirale entgegen treten möchte, sollte sich an der Demo in Berlin (siehe unten) beteiligen und auch uns kontaktieren, damit wir gemeinsam dem gefährlichen Treiben ein Ende bereiten.

Am 03. Oktober auf nach Berlin zur bundesweiten Friedensdemonstration!



NEIN
Zu Kriegen

Gemeinsame Fahrt nach Berlin vom Hbf Wolfsburg am 03.10. um 08:50 Uhr mit dem öffentlichen Nahverkehr.
(Entweder mit dem D-Ticket oder einem Quer-Durchs-Land Ticket, sodass Keiner zurück bleibt.)

Weitere Infos unter: nie-wieder-krieg.org